

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erzheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.65 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pul., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul.; amtlich 1 mm
30 Pul. und 24 Pul.; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Leitungs- und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großböhndorf, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 154

Freitag, den 5. Juli 1929

81. Jahrgang

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Unwetter.) Das Unwetter, das gestern in der 5. Stunde über den Eierberg herangezogen kam und in Dresden und Umgebung kolossale Verwüstungen angerichtet hatte (siehe Sonderbericht) trat bei uns verhältnismäßig milde auf. In Lichtenberg zündete der Blitz die Scheune des Gutsbesitzers Edwin Schöne, Nr. 65, die bis auf die Grundmauern niederbrannte. Andere Brände sind uns nicht gemeldet worden.

(Die Mütterberatung in Ober- und Niedersteina) findet am Freitag, den 12. Juli 1929, nachmittags 1/2 4 bzw. 4 Uhr in den Schulen statt. Arzt wird anwesend sein.

(Hart bleibende Erdbeeren.) Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, findet man besonders in Jahren, in denen Spätfröste zur Zeit der Erdbeerblüte Schaden anrichten, hartbleibende Früchte. Die Fruchthöden der Blüten sind oft nur teilweise vom Frost getötet, und die aus ihnen hervorgehende Frucht entwickelt sich dann nur einseitig und behält harte Stellen. Witzbildungen ähnlicher Art werden aber auch von tierischen Schädlingen hervorgerufen, die an den jungen Früchten fressen. Ueber die Abwehr dieser Schädlinge erteilt auf Grund eingehender Untersuchungen die St. Hauptstelle f. Pflanzenzucht, Dresden-N., Stübelsallee 2, kostenlos Auskunft.

(Steuerfreiheit für Landgendarmereibeamte.) Nach Auskunft des Landesfinanzamtes Dresden gilt die für die freie Dienstkleidung und für den Dienstbesoldungsausschuß sowie für die freie ärztliche Behandlung der Schutzpolizeibeamten vorgesehene Einkommensteuerfreiheit auch für die Beamten der Landgendarmerei, soweit sie Anspruch auf jene Sachbezüge haben.

Großnaundorf. (Vortragsabend.) In einem mehrstündigen Vortrag erläuterte gestern Abend in Lunzes Gasthof Herr Merlein, Baugen, Zweck und Ziel der einzig dastehenden Bauparckasse, Gemeinschaft der Freunde in Wilsdorf, vor einem kleinen Kreis interessierter Freunde der Sache, oder solche, die es werden wollen. Herr Merlein ging eingangs in seinen Ausführungen auf die Geschichte und volkswirtschaftliche Bedeutung der Eigenheim-Bewegung ein und gab sodann ein Bild der Entwicklung der württembergischen Bauparckasse, Gemeinschaft der Freunde, die die größte Bauparckasse Deutschlands ist und in stetem Aufstieg bis zu nahezu 100 Millionen Mark an über 6000 Bauparrer verteilt hat. Die Zuhörer folgten den Ausführungen des geschätzten Redners mit gespannter Aufmerksamkeit und nahmen in der Aussprache, wie auch in der Einzelbesprechung Gelegenheit, noch weiter mit der Sache sich vertraut zu machen. So dürfte in unserem Ort der Gedanke der Eigenheim-Bewegung durch diesen Vortrag Fuß gefaßt haben, vielleicht zum Segen vieler Volksgenossen, die nach einem Eigenheim auf eigener Scholle streben.

Ramenz. (Stand von Viehseuchen.) Der amtliche Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Viehseuchen in Sachsen am 30. Juni d. J. verzeichnet für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Ramenz: Schweinepest in 1 Gemeinde und 1 Gehöft; Wenienseuchen (Faulbrut) in 2 Gemeinden und 5 Gehöften.

Ramenz. (Wochenmarkt-Preise.) Auf dem gestrigen Wochenmarkt kosteten u. a. Blumentohl 20—60, Spinat 30 und 35, Rote Rüben 30, Bohnen ausländ. 50, inl. 100, Schoten 35, Zwiebeln 20, Treibhausgurken 20—35, Landgurken ausländ. 25, Spargel 40—120, Rhabarber 10, Tomaten 60—90, Äpfel 95, Einlegestachelbeeren 35, Kirschchen 50—60, Erdbeeren 60—80, Birkenpilze 45, neue Kartoffeln 15 Pfg. das Pfund, Kohlrabi 10—15, Wirsing 45, Staudensalat 5—10 Pfg. des Stück, Möhren 20, Radisheschen 10, weiße Rettiche 15 Pfg. das Bündel, Heidelbeeren, Anfangspreis 50, später 40 Pfg. das Liter, 35 Pfg. das Pfund.

Dresden. (Betrüger in Pfarrhäusern.) Gewarnt wird vor einem jüngeren Unbekannten, der sich mit einem tschechischen Heimatschein als angeblicher Student Michel ausweist und in Pfarrhäusern unter unwahren Angaben um Unterstützungen nachsucht. Bei erneutem Auftreten des Schwindlers wird gebeten, seine Festnahme zu veranlassen.

Der Reichsrat legt gegen die Venderung der Ley Brüning Einspruch ein

Die Regierungserklärung im sächsischen Landtag (s. Bericht)
Reichsernährungsminister Dietrich spricht über Ostpreußen und landwirtschaftliche Selbsthilfe

Berlin, 4. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner Volltagung am Donnerstag zunächst mit der vom Reichstag beantragten Venderung der Ley Brüning. Danach soll die Einnahme aus der Lohnsteuer sowohl für 1930 Millionen im Jahre übersteigt, derart vermindert werden, daß 25 Millionen für die knappschaftliche Pensionsversicherung zur Verfügung gestellt werden und der Rest für den Ausbau und die Erhaltung der materiellen Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung verwandt wird.

Das Gesetz soll nach dem Reichsratsbeschluss für 5 Jahre gelten.

Die Ausschüsse des Reichsrats legten darauf folgenden Beschlüsse vor: Der Reichsrat legt gegen das vom Reichstag am 28. Juni 1929 beschlossene Gesetz zur Venderung des Gesetzes über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer Einspruch ein.

In der Begründung heißt es u. a. Der Reichsrat hält die nachfolgend ausgeführten Bedenken, eine fünfjährige Dauer des Gesetzes nicht für tragbar. Mit einer einjährigen Dauer würde er sich abfinden. Die Bedenken richten sich nicht gegen die im Gesetz beabsichtigten sozialen Ausgaben, sie richten sich besonders gegen die Art der Bewilligung und zwar:

1. gegen die außerordentlich hohe Form der Bewilligung.
2. gegen die feste Verfügung, von unübersehbarer Höhe und die darin liegende Zweckverhinderung eines Teiles der allgemeinen Steuern auf die Dauer von fünf Jahren.
3. gegen den mittelbaren Eingriff in den Finanzausgleich, der darin liegt, daß das Gesetz den Charakter der Einkommensteuer als Ueberwälzungssteuer die zu 25 v. H. den Ländern und Gemeinden zukommt.

Der Reichsrat ist damit einverstanden, daß die in dem Gesetz vorliegenden sozialen Ausgaben bis zur endgültigen Regelung außerordentlich von der Reichsregierung geleistet werden.

Nach längerer Aussprache und Ablehnung eines Antrages Bayerns von der „Begründung“ abzusehen und lediglich Einspruch zu erheben wurde ein Antrag Preußens mit 37 gegen 29 Stimmen angenommen.

Selbstverantwortung die Grundlage des Genossenschaftswesens.

Reichsernährungsminister Dietrich spricht über Ostpreußen und landwirtschaftliche Selbsthilfe

Königsberg, 1. Pr. In der ostpreussischen Handelsstadt begann in der Stadthalle der 42. deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftstag. Landesökonomierat Dr. h. c. F. J. J. Hannover begrüßte die Ehrengäste, besonders Reichsernährungsminister Dietrich, sowie die Vertreter der Behörden, des Reiches und Preußens. Den Genossenschaften aus dem Reich sei es mit der Veranstaltung des Genossenschaftstages in Königsberg ein Bedürfnis gewesen, so führte der Redner aus, ihren ostpreussischen Berufsgenossen zu bezeugen, welche innigen Anteil sie an dem schweren politischen und wirtschaftlichen Kampf Ostpreußens nähmen.

Landesökonomierat Johannsen berührte dann die Frage der Vereinheitlichung im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, wobei er bemerkte, daß der Reichsverband nach wie vor an der Erreichung seines Zieles festhalte, allerdings unter Wahrung der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung, welche die Grundlage jeder genossenschaftlichen Arbeit bilden.

Im Namen der gastgebenden ostpreussischen Verbände sprach sodann Verbandsdirektor Kranich-Bormditt einige Begrüßungsworte, worauf

Reichslandwirtschaftsminister Dietrich

zu einer Ansprache das Wort nahm. Der Reichsverband sei das Kernstück des deutschen Genossenschaftswesens. Er werde auch in Zukunft die Stelle behalten, die er immer gehabt habe. Der Minister ging alsbald auf die zollpolitischen Kämpfe der jüngsten Vergangenheit ein und sprach über die Ergebnisse der letzten Reichstagsverhandlungen.

Er betonte, daß sich die Maßnahmen zollpolitischer Charakter und die Maßnahmen der landwirtschaftlichen Selbsthilfe ergänzen müßten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die beteiligten Stellen sehr bald über die schwebenden ostpreussischen Streitfragen verständigen würden und versicherte, daß er alles ausbieten werde, die Gefahr zu beseitigen, daß die deutsche Ostgrenze einmal an die Oder verlegt werde.

Was die durch den Reichstag beschlossenen Abänderungen der Richtlinien des Rationalisierungsfonds anbetreffe, so möchte er darauf hinweisen, daß es nunmehr

Sache der Genossenschaften sei, das Geld zu verwenden. Es sei doppelt notwendig zu betonen, daß alle staatliche Fürsorge und alle handelspolitischen Maßnahmen wertlos sind, wenn nicht die Organisation der Landwirtschaft vor allem auf dem Gebiete des Abfahes marschiere, wozu ein gesundes Genossenschaftswesen und ein gesunder genossenschaftlicher Geist Voraussetzung seien. — Die Worte des Ministers fanden lebhaften Beifall.

Es folgten weitere Ansprachen des Ministerialrats Fimmen vom preussischen Finanzministerium, des Ostpreussischen Präsidenten Dr. Siehr und des Landrats a. D. von Siegfried für die ostpreussische Landwirtschaftskammer.

Königsberg. Im weiteren Verlauf der Sitzung des 42. Genossenschaftstages mahnte der Generaldirektor der deutschen Kaufmanns-Genossenschaften, Frhr. v. Braun, zur Einigkeit zwischen den Genossenschaften. Weiterhin sprachen die Vertreter des Deutschen Genossenschaftsverbandes, des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine und namens der Hausfrauenvereine Frau Balduhn-Königsberg, die betonte, der Grundgedanke der Genossenschaften müsse auch in den Kreisen der Frauen Platz greifen. Namens der österreichischen Genossenschaften überbrachte Bundesminister a. D. Buchinger den Dank für die Einladung und betonte die Verbundenheit der österreichischen mit den deutschen Genossenschaften. Die Beziehungen seien trotz der Trennung nicht erkaltet, sondern wärmer geworden. Gekrönt seien sie worden durch die deutsche Hilfe bei der Errichtung der Girozentrale der österreichischen Genossenschaften. Diese arbeiteten auf den wirtschaftlichen Anschluß hin, solange der politische verwehrt sei. Präsident Mayer-Prag überbrachte die Grüße der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände in der Tschechoslowakei und wünschte der Tagung besten Erfolg.

Die Berliner Studenten protestieren.

Berlin. Die Allgemeine Deutsche Studentenschaft veranstaltete in Berlin eine große Kundgebung. Sie sollte ursprünglich nur eine Wahlveranstaltung sein. Infolge der Vorgänge am 28. Juni, wo eine Protestversammlung der Berliner Studenten gegen den Versailles Vertrag von der Polizei auseinandergetrieben wurde, gestaltete sie sich zu einem Bekenntnis zur akademischen Freiheit. Vor Tausenden von Studenten sprach der Erste Vorsitzende der Studentenschaft, Hoppe, und wies auf das Vorgehen der Behörden gegen die Studentenschaft hin.

In einer Entschließung wurde darauf hingewiesen, daß nicht der Geist des Aufbruches die Studenten vom 28. Juni geleitet habe, sondern heißes, vaterländisches Empfinden und ein fester, nationaler Wille.

Das Geheimnis der Berliner Sowjet-Botschaft.

Erziehungen im Botschaftskeller?

Berlin. Der Prozeß gegen den russischen Staatsrat Orloff nimmt immer geheimnisvollere Formen an. Der Angeklagte Pawlownowski hat der Politischen Polizei in Berlin schon vor einiger Zeit Aussagen gemacht, die geeignet sind, politische Verwicklungen hervorzurufen, wenn sie der Wahrheit entsprechen. So behauptet Pawlownowski, daß ihm in der russischen Botschaft in Berlin von einem Agenten der Tscheka gesagt wurde, daß in den Gewölbchen der Leichen von drei Personen begabten seien, die am 15. Mai 1924 in dem Keller der Gesandtschaft standrechtlich erschossen worden seien.

Die Politische Polizei hat damals die Aussagen Pawlownowskis genauestens geprüft, mußte diese Nachprüfung aber später einstellen, da es nicht möglich war, wegen der Exterritorialität der Botschaft die Untersuchung zu Ende zu führen. Auch dem Chefredakteur einer russischen Zeitung in Berlin hatte P. erzählt, daß einige Beamte der G.P.U., die durch ihr Verhalten das Mißtrauen der Sowjets erregt hätten, in der russischen Botschaft vor ein politisches Gericht gestellt worden wären und von diesem zum Tode verurteilt wurden. Der Angeklagte will nun seine früheren Aussagen in voller Form aufrechterhalten und im Verlauf des Prozesses noch einmal machen.